



## Die Universität der Krise

### Hochschulreform und Widerstand in Griechenland

Schon bevor Griechenland in die Krise geraten ist, haben die Regierungen immer wieder die wichtige Rolle der Universität als Instrument für Wachstum und Steigerung der wirtschaftlichen Kompetenz betont: Sowohl die Bildung, als auch die Forschung sollen dazu beitragen, menschliche und technische Ressourcen für den Markt zu produzieren. Seit die Krise in Griechenland ausgebrochen ist, ist eine große Universitätsreform in den Vordergrund getreten. Die Reform zielt hauptsächlich darauf ab, durch die Anpassung der Hochschulen an die Anforderungen des freien Marktes die Kosten der Ausbildung zu verringern und ihre Effizienz zu steigern.

VON ALIKI GKERLIOTI UND DIONISIS GRANAS

Das neue Hochschulgesetz, das diese Reform weiter vorantreibt, wurde Mitte August 2011 verabschiedet. Trotz heftigen Widerstandes vonseiten der Studierenden, die alle Fakultäten monatelang besetzt haben, fand das neue Gesetz die Mehrheit im Parlament (PASOK – die Sozialdemokraten, ND – die Rechten, LAOS – die Rechtspopulisten), mit

Ausnahme der linken Parteien (SYRIZA – die Eurolinken und die Griechische Kommunistische Partei KKE). Diese breite Unterstützung ist ein beispielloser Vorgang bei einer Universitätsreform. Um die Gründe dieser Merkwürdigkeit zu erfassen, muss man den Blick sowohl auf die besondere historische Rolle der Universitäten innerhalb der

griechischen Gesellschaft, als auch auf das bisherige Ausbildungssystem werfen.

## Der politische und soziale Beitrag der Universitäten

Tatsächlich spielen die Universitäten schon seit den fünfziger Jahren eine sehr wichtige Rolle im politischen Prozess Griechenlands. Sie standen immer für mehr Demokratie, Freiheit und für mehr Solidarität innerhalb einer Gesellschaft, die nach dem Bürgerkrieg (1946–1949) sehr stark gespalten war. Gleichzeitig war die Hochschulbildung immer auch ein Mittel des sozialen Aufstiegs für Menschen in Griechenland und hat deswegen ein großes Ansehen genossen. Das machte die studentische Bewegung zum Symbol und die Studierenden zum Vorbild für die Bevölkerung. Diese Hochachtung fand ihren Höhepunkt während der Militärdiktatur (1967–1974). Die Proteste der Studierenden gegen das Regime wurden von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt und haben zum Sturz der herrschenden Offiziere beigetragen.

Nach der Diktatur kam es zu einer wirklichen Explosion der Politisierung in den Universitäten. Verschiedene politische studentische Strömungen waren mit der bloßen Rückkehr zum Parlamentarismus nicht zufrieden und forderten mehr Demokratie und Sozialstaat. Nach dem Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei (PASOK) zur Macht wurde 1982 ein neues Hochschulgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz entsprach zwar nicht allen Forderungen der studentischen Bewegung. Es stellte aber einen deutlichen Schritt zur Demokratisierung und Liberalisierung der Universitäten dar. Gremien von Professor\_innen und Student\_innen waren nun für den größten Teil der Verwaltung und für akademische Fragen wie die Anstellung von Professor\_innen zuständig. Gleichzeitig wurde das »akademische Asyl« im Gesetz ausdrücklich geschützt. Das heißt, dass sowohl akademische als auch andere Tätigkeiten, die in der Universität stattfinden, frei sind und dass es gegen sie keinen Einsatz staatlicher Repressionsorgane geben darf. Deswegen darf auch die Polizei nicht im Campus anwesend sein bzw. nicht dort eingreifen, es sei denn, es werden gefährliche Verbrechen verübt, oder es liegt eine Einsatzgenehmigung des Akademischen Senats vor. Außerdem hatten die Studierenden einen relativ großen Spielraum, was Studiendauer und Kurswahl betraf. Obwohl die Bildung selbst immer noch nicht großzügig finanziert wurde – nur ein kleiner Teil des Haushalts

wird bis heute für Bildung ausgegeben –, ist sie ein Teil des Sozialstaats geworden: Grundsätzlich jede\_r konnte sie sich leisten, unabhängig von der finanziellen Ausgangssituation. Die Studierenden erhielten unentgeltlich alle Bücher, die für das Studium notwendig waren. Sie durften umsonst in der Mensa essen und waren nicht verpflichtet, einen Semesterbeitrag zu bezahlen. Zusätzlich genossen sie Ermäßigungen bei allen öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln, Kulturangeboten und Seminaren.

Wegen dieser Situation erfreuten sich die Universitäten einer relativ großen Autonomie. Sie stellten einen Ort dar, an dem Studierende sich frei mit vielen Sachen beschäftigen, verschiedene Fächer studieren, sich vernetzen und dazu auch politischen oder sozialen Tätigkeiten nachgehen konnten. Das Studium war eine Zeit, in der man nicht nur wissenschaftlich, sondern im Allgemeinen, als Mensch und Bürger\_in ausgebildet werden konnte. Obwohl die Politisierung der 70er und 80er während der 90er stark abgenommen hat, war die Universitäten immer noch ein Zentrum für das Engagement junger Leute, für Proteste und die Entwicklung radikaler Theorien. Besonders bei Hochschulreformen gab es fast immer heftige Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Studierenden. Bildungsminister\_in zu sein, wurde von Politiker\_innen immer als großes Pech angesehen...

## Anpassung der Ausbildung an den freien Markt

Besonders nach der Deklaration von Bologna wird es als notwendig angesehen, die Universität »effizienter« zu machen. Jegliche Unterstützung für Studierende muss weg, die Anforderungen im Studium soll verschärft und die Studierenden diszipliniert werden. Die neue Universität soll kein Ort für die Bildung von Wissenschaftler\_innen als Bürger\_innen und Menschen sein, sondern eine Einrichtung, die in ihrer Funktionsweise das Wachstum von Märkten vorantreibt. Die Fakultäten sollen nunmehr teilweise von Privaten bzw. durch die Forschung im Auftrag Privater finanziert und ihre Effizienz bewertet werden. Die allgemeine Gestaltung der Persönlichkeit, politische Arbeit, letztendlich selbst die meisten Geisteswissenschaften gehören nunmehr nicht zur Hochschulbildung, statt dessen Spezialisierung, »Innovation« und »Effizienz«. Die neuen Wissenschaftler\_innen sollen keine allseits gebildeten Persönlichkeiten sein, die ihre Wissenschaft auch kritisch betrachten, in der Gesell-

schaft mit ihrer Meinungsäußerung einen Beitrag leisten und zu wichtigen Fragen Stellung beziehen, sondern hochspezialisierte Angestellte für den Markt, mit keinen weiteren Kenntnissen, als denjenigen, die für ihr enges Arbeitsfeld notwendig sind. Fachidioten, statt Bürger-Wissenschaftlerin.

Diese Reformen der griechischen Universitäten wurden nur sehr langsam und teilweise umgesetzt, da sie immer auf heftigen Widerstand stießen. 2006 bis 2007 waren alle Fakultäten Griechenlands monatelang aus Protest gegen das damalige Hochschulgesetz und gegen den Vorschlag, den Artikel der Verfassung über unentgeltliche Hochschulbildung zu verändern und damit private Universitäten zu erlauben, besetzt. Tausende Studierende sind auf die Straßen gegangen und es gab sogar heftige Schlachten mit der Polizei.<sup>1</sup> Die Besetzungen waren sehr erfolgreich. Das Gesetz wurde nur aufgeweicht verabschiedet und der Verfassungsänderungsvorschlag ist gescheitert. Es war also klar, dass die Universitäten nicht leicht von der Regierung gesteuert werden konnten. Vielmehr verursachten sie politischen Aufruhr und verletzten deren Image.

## Studentischer Widerstand in der aktuellen Krise

Die eingangs beschriebene Rolle der Hochschulen verdeutlicht, dass die Disziplinierung der Universitäten in der aktuellen Krise notwendig erscheint: Zum einen, damit sie ordentlich für den Markt und mit dem Markt arbeiten können; eine unruhige Universität ist kein guter Ort für Unternehmen und Investitionen. Zum anderen, weil sie ein Ausgangspunkt für politischen Protest darstellen. Diese

Unruhe behindert nicht nur die Reformen im Bildungsbereich, sondern sie droht, besonders in Krisenzeiten, sich auf das ganze politische Feld auszuweiten. Die große Finanzkrise war also nicht nur eine Chance, die Hochschule grundlegend zu reformieren, sondern die Hochschulreform war notwendig, um die Proteste gegen die durch die Krisenreformen in der ganzen Gesellschaft verbreitete neoliberale Sparpolitik zu beugen. Wenn die studentische Bewegung mit der gegen die Krisenreformen protestierende »Bewegung der Empörten« zusammen käme, dann könnte das eine wirklich explosive Situation herbeiführen. Das erklärt also den großen Konsens, mit dem das neue Hochschulgesetz verabschiedet wurde.

Nach der Repression gegen die »Bewegung der Empörten« auf dem Syntagma Platz und während der Semesterferien wurde das neue Hochschulgesetz verabschiedet. Es schafft das akademische Asyl und die Lehrmittelfreiheit ersatzlos ab. Die akademische und administrative Leitung der Universitäten wird von einem »Board of Trustees« übernommen, also von einem Rat, der sich teils aus Internen (Professor\_innen), teils aus Externen (ausländische Professor\_innen, Geschäftsleute usw.) zusammengesetzt ist. Die Mitbestimmung der Studierenden ist beinahe abgeschafft. Die Finanzierung der Fakultäten wird nur teilweise vom Staat angeboten, und zwar durch spezielle Vereinbarungen, wonach die Fakultäten bestimmte Auflagen zu erfüllen haben. Gebühren gelten nunmehr für Master Programme und für ausländische Studierende, und sie werden auch für Studierende gelten, die die Regelstudienzeit überschritten haben. Viele Fakultäten, die als nicht existenzfähig bewertet werden, sollen abgeschafft oder mit anderen fusioniert werden.

Diese extreme Mischung von Neoliberalismus und Sparpolitik betrifft besonders die Geisteswissenschaften (einschließlich der Rechtswissenschaft), da sie für den Markt kaum von Interesse sind. Wie diese Fakultäten ihre Finanzierung in der Zukunft sichern können, bleibt fraglich. Sicher ist, dass, obwohl die Qualität im Diplomstudiengang immer noch gut ist (die griechische Studierende sind überall in Europa für Master und PhD-Programmen willkommen), die Forschung wegen großer Infrastrukturmängel erheblich zurückliegt. Das trägt auch zum großen »Brain Drain« bei, denn die Absolvent\_innen arbeiten und studieren im Ausland weiter, weshalb Griechenland viel möglicher Forschungs- und Innovationsnutzen entgeht.

<sup>1</sup> Vgl. Internationale Proteste – Internationale Hafterfahrungen, *das freischüßler* 15/2007, S. 22–27.





Auch die Unternehmen in Griechenland sind nicht fähig, wohl eher aber nicht willens Hochschulbildung und Forschung zu finanzieren. Denn Griechenland hat im Gegensatz zu Deutschland keinen wichtigen Industrie- oder Dienstleistungsbereich. Allerdings haben sich nicht nur griechische Unternehmen (vgl. Fälle Siemens und Ferrostaal) ihren politischen Einfluss erkaufte und Bestechungen genutzt, um mit dem Staat Geschäfte zu ihrem Vorteil zu machen, oft mit enormen Profiten. Durch die Reformen entsteht nun der Effekt, dass die Verantwortung für die Ausfinanzierung der Hochschulen in die Hände derjenigen gelegt wird, die sich auf unternehmerischer und politischer Ebene bereits als unverantwortlich erwiesen haben. Zumal eine Unterstützung durch Unternehmen, die von der wirtschaftlichen Krise selbst stark betroffen sind, höchst unwahrscheinlich ist.

Die Studierenden haben aus Protest gegen das neue Gesetz noch einmal die Fakultäten besetzt. Allerdings war diese Bewegung trotz ihrer Größe diesmal nicht so erfolgreich. Die Regierung war sehr entschlossen, diese Reform umzusetzen. Die Gesellschaft und auch ein Teil der Studierenden waren überzeugt, dass eine Reform der Universitäten notwendig wäre, da sie an vielen strukturellen Schwächen leidet. Manche empfinden, dass die Anforderungen an Studierende zu locker sind. Andere kritisieren die Korruption vieler Professor\_innen, die Geld missbrauchen und neue Kolleg\_innen nach persönlichen und nicht akademischen Kriterien auswählen. Sicher ist, dass die Universitäten wirklich Probleme mit Korruption und schlechter Verwaltung haben, wobei die studentischen Vertreter\_innen nicht unschuldig daran sind. Nicht nur haben studentische Vertreter\_innen ihre Verantwortung in der akademischen Selbstverwaltung vernachlässigt. Gelegentlich waren sie sogar selbst in Korruptionsfälle verwickelt. Insbesondere studentische Gruppen, die eng mit den großen Parteien Griechenlands verbunden sind, haben in Einstellungs- und Berufungsfragen schon mal zu eigenen oder zu Gunsten ihrer Partei die Hände aufgehoben.

Wie aber das neue Gesetz dieses Problem lösen kann, bleibt fragwürdig. Die Studierenden nehmen nunmehr kaum an der Verwaltung teil. Die Mischung von Professor\_innen, Geschäftsleuten usw. garantiert keinen transparenten Prozess. Weniger Demokratie war noch nie ein wirksames Heilmittel gegen Korruption. Der Markt ist mindestens ge-

nauso korrupt wie der Staat, und dazu verursacht er neue Probleme, besonders für all jene Bereiche, die nicht profitabel bzw. die von keinem unmittelbaren Interesse für den Markt sind. Eine mögliche Alternative für eine soziale Universität, die auch ein Studium von Qualität bietet, wäre nur in der allgemeinen Auseinandersetzung mit der Krisenpolitik zu finden. Diese Auseinandersetzung wird in Griechenland gerade immer stärker geführt. Dazu gehört die Forderung nach öffentlicher, demokratischer und transparenter Kontrolle der Universitäten. Glücklicherweise ist auch der studentischen Bewegung nunmehr klar, dass ihre einzige Aussicht auf Erfolg in der Einheit mit der immer größeren Bewegung der Bevölkerung gegen die Krisenpolitik liegt. Heutzutage führen also die Universitäten ihre liberale Tradition weiter. Die Studierenden protestieren gegen die Abschaffung des Sozialstaats und des bisherigen Ausbildungssystems und dadurch protestieren sie gegen die katastrophale »Rettungspolitik«, die Griechenland in die Knie zwingt. ★

Anzeige

**FORUMRECHT**

09 3. Quartal  
13 32. Jahrgang  
A 11 07 20  
05469310-6420

**HEILIGE SCHEISZE**  
RELIGION UND RECHT

|                                     |  |                                      |
|-------------------------------------|--|--------------------------------------|
| FRACHWÜRDIG<br>Beschneidungsdebatte | FEINDLICH<br>Kirche gegen Homosexuelle | FREIBÜTER<br>Verfahren gegen Somalia |
| FANATISCH<br>Evangelikale           | FAMOS<br>Wolfgang Abendroth            | FABELHAFT<br>BAKJ-Selbstverordnungs  |

[www.forum-recht-online.de](http://www.forum-recht-online.de)

**Das rechtspolitische Magazin für Uni  
und soziale Bewegung.**